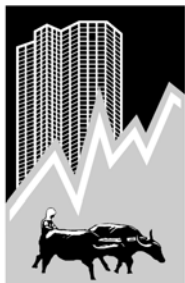


Aus Erfahrung klug?

Die Auswirkungen von
Handelsliberalisierungspolitiken auf
Länder und Regionen im Süden -
Ein Analyse von Fallstudien

Klaus Schilder



weed

terre des hommes, Germany

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development

IMPRESSUM

Aus Erfahrung klug?

Die Auswirkungen von Handelsliberalisierungspolitiken auf Länder und Regionen im Süden – Eine Analyse von Fallstudien

ISBN: 3-9808227-6-1

Publisher:

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. (Weed)

Büro Berlin:

Torstr. 154, D-10115 Berlin

Tel.: +49 - (0)30 - 27582163

Fax: +49 - (0)30 - 27596928

E-Mail: weed@weed-online.org

Internet: <http://www.weed-online.org>

Kontakt: Klaus Schilder

Büro Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 13, D-53111 Bonn

Tel.: +49 - (0)228 - 766130

Fax: +49 - (0)228 - 696470

Kontakt: Jens Martens

terre des hommes

Ruppenkampstr. 11a, D-49084 Osnabrück

Tel.: +49 - (0)541 - 71010

Fax: +49 - (0)541 - 707233

E-Mail: vernetzung@tdh.de

Internet: <http://www.tdh.org>

Kontakt: Peter Eisenblätter

Autor: Klaus Schilder

Gestaltung: Richard Fritz

Druck: Druckerei Plump, Bonn

Schutzgebühr: € 2,00 (zzgl. Versandkosten)

Bonn, Dezember 2002

INHALT

Seite

Einleitung	2
1. Makroökonomische Effekte der Handelsliberalisierung	4
1.1 Außenhandel	4
1.2 Verarbeitender Sektor	5
1.3 Agrarhandel	5
2. Sozial- und Umweltfolgen von Handelsliberalisierung	6
2.1 Beschäftigung	6
2.2 Geschlechtergerechtigkeit	6
2.3 Einkommen	7
2.4 Umwelt	7
2.5 Ernährungssicherheit	8
3. Zusammenfassung und Politikempfehlungen	9
Literaturverzeichnis	12

ABKÜRZUNGEN

AKP	Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
CASA	Citizens' Assessment of Structural Adjustment
EBA	EU 'Everything but Arms' Initiative
EIA	Umweltverträglichkeitsstudie
WPA	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
ESAP	Enhanced Structural Adjustment Programme
EU	Europäische Union
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
IWF	Internationaler Währungsfond
LDC	Least Developed Country
MERCOSUR	Gemeinsamer Markt des Südens (Mercado Comùn del Sur)
NAFTA	Abkommen über die Nordamerikanische Freihandelszone
RTA	Regionales Freihandelsabkommen
SACU	Südafrikanische Zollunion
SADC	Southern African Development Community
SAP	Strukturanpassungspolitik
SAPRI	Structural Adjustment Participatory Review Initiative
SAPRIN	Structural Adjustment Participatory Review International Network
SIA	Nachhaltigkeitsverträglichkeitsstudie
TNK	Transnationaler Konzern
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
WB	Weltbank
WTO	Welthandelsorganisation

Einleitung

Handelsliberalisierungspolitiken sind sowohl integraler Bestandteil der vom Internationalen Währungsfond und der Weltbank geplanten und implementierten Strukturanpassungsprogramme (SAPs) als auch ein zentraler Bestandteil regionaler und bilateraler Handelsabkommen zwischen Staaten in Nord und Süd. Befürworter von Handelsliberalisierungen betonen stets, dass handelspolitische Offenheit zu höherem Wachstum, einem Anstieg des Volkseinkommens und so zu Wachstumseffekten auch bei den ärmeren Bevölkerungsschichten führt (der sog. „trickle-down-effect“). Durch die steigende Konkurrenz infolge reduzierter Importquoten und Exportrestriktionen soll die wirtschaftliche Spezialisierung und effiziente Allokation von Ressourcen gefördert werden, während ineffiziente Sektoren zur Anpassung gezwungen werden. In der Vergangenheit zielten handelspolitische Reformen in Entwicklungsländern v.a. darauf ab, durch die Anregung von Exportwachstum und die Förderung von Diversifizierungsstrategien industrielle Kapazitäten auszubauen und die Länder so stärker in die Weltwirtschaft zu integrieren. In Folge von Handelsliberalisierungsmaßnahmen senkten Entwicklungsländer ihre Zölle im Zeitraum von 1980 bis 1998 im Schnitt um die Hälfte auf 15 Prozent, während sie gleichzeitig weitere Exportrestriktionen und Importquoten abbauten. SAPs förderten so, durch ihre handelspolitischen Komponenten, eine primär exportorientierte Wachstumspolitik. Zusätzlich zu den Maßnahmen zur Entwicklung des Exportsektors enthielten die Reformpakete Maßnahmen zur Abschaffung von Unterstützungen und weiteren Schutzklauseln für Unternehmen, die für den einheimischen Markt produzieren, mit der Absicht, ineffizient und nicht-wirtschaftlich arbeitende Unternehmen vom Markt zu verdrängen. Zur Ankurbelung des Exports wurden in vielen Fällen quantitative Beschränkungen aufgehoben, Importzölle reduziert und flexible Wechselkursregime eingeführt.

Auf der Annahme ihres potentiellen Nutzens für Entwicklungsländer förderten die Industrieländer, darunter die EU, in den letzten Jahren in ähnlicher Weise regionale und bilaterale Freihandelsabkommen.

Regionale Freihandelsabkommen beinhalten im Allgemeinen die Verpflichtung zur gegenseitigen Liberalisierung aller Sektoren in Übereinstimmung mit bestehenden WTO-Verpflichtungen mit der Absicht, den Marktzugang für eine weite Spanne von Waren zu verbessern. Einige der Abkommen enthalten zudem Bestimmungen über eine Reihe sog. ‚handels-verwandter‘ Bereiche, darunter Dienstleistungen, Investitionen, Konkurrenz, öffentliches Beschaffungswesen und handels erleichternde Maßnahmen. Jüngstes Beispiel für eine derart umfassende Handelsagenda sind die laufenden Verhandlungen zwischen der EU und den 77 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (der sog. AKP-Gruppe) über den Abschluß neuer Handelsabkommen. Denn obwohl die Verhandlungen im Rahmen der im Cotonou-Abkommen definierten Zielvorgaben der Armutsbekämpfung und Förderung nachhaltiger Entwicklung in den AKP-Staaten stattfinden, konzentrieren sie sich auf die Schaffung neuer, reziproker Freihandelsabkommen zwischen beiden Parteien (Weed et al. 2002).

Im Gegensatz zur herrschenden ökonomischen Lehrbuchmeinung, dass steigende Exporte gleichsam als Wachstumsmaschine in Entwicklungsländern funktionieren können, ergibt eine genauere Quantifizierung der Bedeutung von Exporten für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes, dass diese oftmals das Ergebnis von wirtschaftlichem Wachstum und nicht dessen Vorbedingung sind (Rodrik 2001). Viele der grundlegenden Annahmen der klassischen Wirtschaftstheorie – perfekte Konkurrenz, Vollbeschäftigung, perfekte Beweglichkeit der Produktionsfaktoren zwischen Ländern – sind unrealistisch und stimmen nicht mit der empirischen Evidenz überein. Werden die Annahmen so angepaßt, dass sie den wirtschaftlichen Daten entsprechen, so sind die positiven Wachstums- und Wohlstandseffekte weit weniger klar: Obwohl wirtschaftliches Wachstum und Fortschritte in der menschlichen Entwicklung und der Armutsbekämpfung gemeinsam fortschreiten, gibt es keine direkte Beziehung zwischen den beiden, wie die klassische Theorie suggeriert (UNDP 2003). Vielmehr herrscht eine Kontroverse über die Wirksamkeit wachstumsfördernder

der politischer Steuerungsimpulse. Denn obwohl die Liberalisierung des Handels für Wachstum und Armutsbekämpfung in den ärmsten Ländern von großer Bedeutung ist, muß sie so gelenkt werden, dass Exportwachstum ein integraler Bestandteil eines nachhaltigen und selbstbestimmten nationalen Entwicklungsprozesses ist (UNCTAD 2003). Aufgrund einer Analyse existierender Fallstudien erscheinen exportorientierte Wachstumsstrategien nur für einen begrenzten Anteil der Entwicklungsländer und nur für einen begrenzten Zeitraum von Vorteil (Medina-Smith 2001).

Die vorliegende Analyse faßt die Ergebnisse existierender Fallstudien, die die Auswirkungen von Handelsliberalisierungspolitiken in verschiedenen Sektoren besonders auf die ärmeren und benachteiligten Bevölkerungskreise untersuchen, zusammen. Die vorliegenden Ergebnisse unterstützen die weit verbreitete Erfahrung, dass theoretisch zu erwartende Wohlfahrtseffekte häufig übertreiben sind und sich nicht in vollem Umfang verwirklichen lassen. Vielmehr sind vielfach mit der Implementierung von Handelsliberalisierungsmaßnahmen und Freihandelsabkommen für Entwicklungsländer erhebliche Kosten verbunden: So verursachten und verschärften Liberalisierungspolitiken sowohl sozio-ökonomische als auch umweltpolitische Probleme in Ländern des Südens (Madeley 2000, 2001; Weisbrot und Baker 2002).

Es gibt mehrere Gründe dafür, dass Liberalisierungspolitiken nur wenig zur Verbesserung der Situation der ärmsten Bevölkerungsgruppen beitragen (Walther und Hentschel 2002): Obwohl in der Mehrzahl der untersuchten Länderbeispiele ein Exportzuwachs zu verzeichnen ist, überstiegen die Importe in einigen Fällen die Exporte und führten so zu einem Handels- und Zahlungsbilanzdefizit, dass wiederum die Verschuldungssituation dieser Länder verschärfte. Dort, wo es verwirklicht wurde, basiert export-gestütztes Wachstum auf einigen wenigen Erzeugnissen, die mit niedrig qualifizierter Arbeitskraft hergestellt wurden. Die Gewinne aus der Exportwirtschaft gingen vielfach an transnationale Konzerne. Tatsächlich scheinen SAPs und damit verbundene Handelsliberalisie-

rungsmaßnahmen größere Produzenten und TNKs systematisch gegenüber kleineren Produzenten zu bevorzugen. Das Scheitern vieler lokaler Unternehmen, insbesondere klein- und mittelständiger Betriebe, führte zu steigender Arbeitslosigkeit. In mehreren Fällen litten die Hersteller unter einer unangepassten Importliberalisierung, die zu sinkender Produktivität, dem Verlust von Arbeitsplätzen und dem Bankrott führte. Arbeitsplätze konnten dagegen nur begrenzt geschaffen werden, und sind auf die export-orientierte Industrie beschränkt, in der ein geringes Lohnniveau und ein schlechter Ausbildungsstand der Arbeitskräfte vorherrschen. Insgesamt nahmen in vielen Fällen die Arbeitsplatzunsicherheit und der ‚Informalisierungsgrad‘ der Arbeit zu.

Lokale Märkte wurden zudem durch den Anstieg billiger Importe, die Waren aus einheimischer Produktion verdrängten, überschwemmt. Diese Trends wurden in einigen Ländern durch das Fehlen einer nationalen Industriepolitik, die die einheimischen Unternehmen bei ihrer Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen unterstützt, zusätzlich verstärkt. Während Farmzusammenlegungen zwar dazu führten, dass die Produktivität und Konkurrenzfähigkeit anstieg, hat das völlige Fehlen sozialer Sicherungsnetze aber besonders die kleinen Produzenten marginalisiert und trug zu Arbeitslosigkeit und Armut bei. Insbesondere in ländlichen Gebieten stieg die Landlosigkeit infolge der Konzentrationsprozesse stark an. Verstärkte Migration in städtische Gebiete, mit ihren negativen Folgen für die Lebensqualität, war die Folge. Einheimische Unternehmen litten zudem unter dem Fehlen günstiger Kredite und unter der mangelnden Verfügbarkeit angepasster Technologien. In einigen Fällen sicherten sich zudem Aufkäufer und Zwischenhändler Profite auf Kosten der kleineren Produzenten.

Einige der Forschungsarbeiten, insbesondere die der FAO, konzentrierte sich in ihren Untersuchungen auf die Bedrohung der ländlichen Ernährungssicherheit. Familien mit geringem Einkommen gaben immer weniger Geld für Nahrungsmittel aus, deren Qualität und Verfügbarkeit zudem stetig sank. Auch die Dumping-Praxis subventionierter Nahrungsmittelexporte aus entwickelten Ländern beeinflusste in einigen Fällen die lokalen und regionalen Märkte. Schließlich begünstigte die

Förderung exportorientierter Industrie in vielen Fällen nicht-nachhaltige und ressourcenverschwendende Wirtschaftsweisen, was zu verbreiteten Umweltschäden führte und zur Verschlechterung der Gesundheit und Lebensgrundlage der Menschen besonders in ländlichen Gebieten führte (Madeley 2000, 2001; SAPRIN 2001).

Handelsliberalisierung hat in der Mehrzahl der Fälle eine starke Geschlechterkomponente. Frauen gehören zu den Hauptopfern steigender Arbeitslosigkeit und von Schrumpfungsprozessen im formellen Sektor. Als Folge sind sie dazu gezwungen, zu Hause zu bleiben und informelle Beschäftigungen anzunehmen. Diese Entwicklung ist besorgniserregend, weil Frauen normalerweise alleine die Doppelbelastung der Haushaltsführung und zusätzlicher Lohnarbeit im informellen Sektor tragen müssen (Okore und Mugabe 2002).

Während UNDP zwar grundsätzlich die These unterstützt, dass Handel zur Verbesserung der Lebensumstände der Menschen beitragen kann, hat die UN-Organisation kürzlich die automatische Beziehung zwischen Handelsliberalisierung und Verbesserung der menschlichen Entwicklung, die vielfach von den Befürwortern einer weiteren Handelsliberalisierung angeführt wird, in Frage gestellt. In der umfangreichen Studie *„Making Global Trade Work For People“* bietet UNDP einen umfassenden Überblick über das multilaterale Handelsregime (UNDP 2003). Der Bericht empfiehlt die Umsetzung von vier grundsätzlichen Prinzipien: i) Handel ist Mittel zum Zweck und kein Selbstzweck, ii) Handelsregeln sollten so flexibel sein, dass sie die Vielfalt nationaler Institutionen und Bestimmungen berücksichtigen, iii) die Länder sollen ihre Institutionen und Entwicklungsprioritäten wirksam verteidigen können und iv) kein Staat hat das Recht, einem anderen seine institutionellen Präferenzen aufzuzwingen (Malhotra 2003). Zusammenfassend argumentieren die UNDP-Forscher, dass gegenwärtige Handelsregime ihre Schwerpunktsetzung von einer weiteren Liberalisierung und stärkeren Marktöffnung weg darauf verlegen sollten, Entwicklungsländern die notwendigen politischen Spielräume einzuräumen, um ihre nationalen Entwicklungsprioritäten umzusetzen.

Der folgende Text enthält die zusammenfassende Analyse jüngerer Sektor- und

Länderstudien, sowohl aus den AKP-Staaten als auch aus anderen Entwicklungsländern, die die Auswirkungen von Liberalisierungspolitiken auf die Gesellschaft und die Umwelt untersuchen. Die einzelnen Untersuchungen stammen von einer Vielzahl von Quellen, darunter die FAO, UNEP, nationale Forschungsinstitute, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sowie der Abschlußbericht des Structural Adjustment Participatory Review International Network' (SAPRIN 2001).

Die meisten der Studien befassen sich nicht explizit mit den Auswirkungen europäischer Politiken auf die Entwicklungsländer, sondern untersuchen die generellen Folgen von Handelsliberalisierungsmaßnahmen als Teil makroökonomischer Strukturanpassungsprogramme oder befassen sich mit den Folgen von Freihandelsabkommen (z.B. den sozialen und ökologischen Folgen der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA). Daher war die Trennung der Effekte europäischer Liberalisierungspolitiken von anderen multilateralen Entwicklungen, die zeitgleich oder vorher stattfanden, nicht in jedem Fall möglich. Darunter fallen z.B. die Auswirkungen der umfangreichen SAPs während der späten 80er und frühen 90er Jahre in vielen Ländern. In den Studien wurde jedoch deutlich, dass weitere Liberalisierungsinitiativen der EU, z.B. die im Rahmen des Cotonou-Abkommens begonnenen Verhandlungen über neue und umfassende Freihandelsabkommen mit den AKP-Staaten, die Auswirkungen anderer, hier dokumentierter Liberalisierungsmaßnahmen wahrscheinlich erheblich verstärken werden. Eine kleine Anzahl von Studien unterzieht die europäische Exportsubventionspraxis einer gezielteren Analyse (z.B. die Dumping von EU-Milchprodukten in Jamaika oder Geflügelexporte nach Gambia). Hier wird deutlich, dass weitere detaillierte Untersuchungen über die möglichen Folgen weiterer Liberalisierungsmaßnahmen im Zuge der gegenwärtigen Verhandlungen über WPAs für die AKP-Staaten nötig sind.

Die Methodik der einzelnen Studien unterschied sich stark und reichte von qualitativen Vorher-Nachher-Untersuchungen über quantitative Datenanalysen, komplexeren Modellierungen und Simulationen bis hin zu ökonometrischen Ansätzen. Eine Reihe von Studien verwandte mit der Durchführung von Interviews und Datenerhebungen

bei direkt Betroffenen einen partizipativen Ansatz. Durch die Vielzahl der methodischen Ansätze bedingt, fällt der quantitative Vergleich zwischen einzelnen Untersuchungen schwer. Auf die zusammenfas-

sende Wiedergabe wesentlicher qualitativer Ergebnisse folgend, werden einige generelle Schlußfolgerungen und Politikempfehlungen abgeleitet. Da auch weiterhin neue Studien im Kontext multilateraler

und regionaler Verhandlungen über Handels- und Investitionsabkommen publiziert werden, bleibt diese Arbeit im Fluß und kann nur Hinweise für zukünftige Politikgestaltung geben.

1. Makroökonomische Effekte der Handelsliberalisierung

Den Ergebnissen traditionelle Handelsmodelle zufolge sind die Vorteile aus der Beseitigung eigener Handelsschranken für Entwicklungsländer oftmals sehr viel höher als die Vorteile, die aus einem erleichterten Zugang zu den Märkten der Industrieländer entstehen. Betrachtet man jedoch die handelspolitischen Realitäten, so stellt man fest, dass die Liberalisierung nicht automatisch Entwicklungsfortschritte garantiert, und dass eine Expansion des Handels nicht immer positive oder bestenfalls neutrale Effekte hat (UNDP 2003). Im Gegenteil, Marktöffnungsmaßnahmen verursachen in vielen Entwicklungsländern erhebliche Kosten, die vielfach übersehen werden (SAPRIN 2001). Entwicklungsländern entstehen durch die Verringerung ihrer Handelsbarrieren eine Reihe von Problemen, da Zölle ein wichtiges handelspolitische Steuerungsinstrument bilden und vielfach einen bedeutenden Anteil zu den Staatseinnahmen beitragen. Mehrere Fallstudien unterstreichen, dass Zolleinnahmen eins der wenigen, wenn nicht das einzige Instrument zur Stabilisierung der nationalen Märkte und zum Schutz der Interessen der Kleinbauern angesichts fallender Erlöse für landwirtschaftliche Produkte oder zunehmender Import aus entwickelten Ländern darstellen (FAO 2000). Angesichts des Fehlen jeglicher handelspolitischen Sicherheitsnetze und praktischer Schwierigkeiten bei der Anwendung von WTO-Schutzklauseln dienen Zölle häufig dazu, mit unvorhergesehenen Schwankungen der Erlöse auf dem Weltmarkt umzugehen.

Die wahrscheinlich weitreichendsten Folgen, die handelspolitische Reformen bislang hatten, betreffen die Gefährdung und Zerstörung einheimischer Produktionskapazitäten. Finanzderegulierungen haben dazu beigetragen, Kapital in spekulative, konsumptive oder andere nichtproduktive Aktivitäten umzuleiten. Die Kombination der Überschwemmung ein-

heimischer Märkte mit billigeren importierten Waren, die mangelnde Verfügbarkeit von Krediten zu erschwierlichen Konditionen, ein reales Sinken des Einkommensniveaus durch Anpassungen des Arbeitsmarktes sowie der Wegfall einer Reihe staatlicher Förderungen hat dazu geführt, dass eine große Zahl von Farmen und klein- und mittelständischer Unternehmen, in denen traditionell die Mehrzahl der Menschen arbeiten, vom Markt verschwunden sind. Nur der Wiederaufbau produktiver Sektoren durch geeignete, im öffentlichen Interesse liegende, politische Entscheidungen kann sicherstellen, dass wirtschaftliche Chancen, dazu nötige Ressourcen und entstehende Vorteile allen Teilen der Gesellschaft zugute kommen und so genuine und positive Entwicklungsimpulse setzen können.

1.1 Außenhandel

Viele der untersuchten Fallstudien, die sich mit einem oder mehreren Wirtschaftssektoren beschäftigen, kommen zu dem Schluß, dass Dumping und andere Formen von Importwellen aus Industrieländern die einheimische Produktion akut gefährden und so eine existentielle Bedrohung für import-konkurrierende Industrien darstellen. Europäische und US-amerikanische Getreideexporte nach Afrika, Zuckerexporte der EU und Reisexporte aus Thailand sind einige der bekannteren Beispiele für diese Politik. Ohne einen ausreichenden Schutz regionaler und lokaler Märkte, begleitet von flankierenden Entwicklungsmaßnahmen, werden mehr und mehr der einheimischen Produkte mit zunehmender Liberalisierung verdrängt werden. Dieser Prozeß führt zur Veränderung angestammter Ernährungsgewohnheiten und zur zunehmenden Abhängigkeit von importierten Nahrungsmitteln. Die Textilindustrie in Zimbabwe ist ein weiteres Beispiel, wie eine SAPRIN-

Länderstudie belegt (SAPRIN 2001): Der Sektor wurde besonders hart von den Auswirkungen der Liberalisierung im Rahmen von SAPs betroffen, weil er zuvor hoch geschützt war. Die Öffnung für ausländische Importe und Investitionen verstärkte die Konkurrenz besonders für Unternehmen, die für den einheimischen Markt produzieren, dramatisch. Die Textilindustrie wurde zusätzlich durch Importe abgelegter Second-Hand Kleidung aus den Industrieländern geschwächt, die auf den lokalen Märkten gehandelt werden. Zudem hat die Liberalisierung zu einer Zunahme des informellen Handels und Schmuggels über die Grenzen der Nachbarländer geführt. Dies führte zwar zu einer Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten im informellen Sektor und trug zur Einkommenssteigerung bei, aufgrund der prekären Situation wuchsen aber gleichermaßen soziale Spannungen.

Eine Modellstudie von UNCTAD, die die Auswirkungen des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Südafrika (des Trade, Development and Co-operation Agreement, kurz TDCA) auf die bilateralen und regionalen Handelsströme untersucht, kommt unter allen verwendeten Szenarien zu dem Schluß, dass das TDCA negativen Effekt sowohl auf die Zahlungsbilanz als auch auf die staatlichen Steuereinnahmen haben wird. Und obwohl die Auswirkungen auf regionale Handelsströme mit den SADC-Staaten in absoluten Zahlen gering erscheinen, ist die zu erwartende Handelsumlenkung für einige der Länder bedeutend (Jachia and Teljeur 1999). Und einer vergleichenden statischen Analyse der europäisch-südafrikanischen Handelsliberalisierung zufolge wird das Freihandelsabkommen sehr wahrscheinlich der EU den größeren wirtschaftlichen Nutzen bringen als Südafrika (Camassei 2000a, 2000b).

1.2 Verarbeitender Sektor

Obwohl die meisten der in den Fallstudien untersuchten Länder sich stark in ihrer Wirtschaftskraft und der Einkommensverteilung unterscheiden, so teilen sie doch einige gemeinsame Charakteristika. Infolge von Liberalisierungsmaßnahmen lag der Wert der gehandelten Importe zum Beispiel generell höher als der Wert der Gesamtexporte. In mehreren Fällen litten führende verarbeitenden Industriezweige unter den Folgen der Liberalisierung, unter anderem durch sinkende Produktivitäten, Bankrott einzelner Unternehmen und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit. Die Konzentration der Exportproduktion auf einige wenige Sektoren, die nicht direkt zu Wachstum der lokalen Wirtschaftskreisläufe und einheimischer Produktion beitragen, hat diese Ungleichheiten nur noch verschärft.

In **Zimbabwe** erreichte der Wert der produzierten Waren und Güter 1991 seinen Höhepunkt und fiel, nach Beginn der Handelsliberalisierung, in den letzten sieben Jahren des Jahrzehnts um 12 Prozent. Hohe Zinssätze und die durch Wechselkursschwankungen verursachten Kosten haben die verarbeitende Industrie, deren Produktivität zwischen 1991 und 2000 um mehr als 20 Prozent zurückging, zusätzlich getroffen (SAPRIN 2001). In **Ecuador** wuchsen während der Liberalisierung die Importe jährlich im Schnitt um 15 Prozent, während die Exporte um durchschnittlich nur 5,6 Prozent anstiegen. Die Profite aus der industriellen Produktion sanken im gleichen Zeitraum von 40,4 auf 31,4 Prozent und deuten damit eine signifikante Reduktion der Produktivität als direkte Liberalisierungsfolge an (SAPRIN 2001). 1997 baute **Südafrika** sein Exportförderungsprogramm (GEIS) schrittweise ab, dass z.B. die südafrikanische Konservenindustrie für die aus der Anwendung europäischer Importzölle in Höhe von 10,7 bis 23 Prozent entstehenden Nachteile entschädigte. Als Folge mußte alleine eine große Konservenfabrik in Paarl 120 ständige und weitere 300 saisonal beschäftigte Arbeiter entlassen, während weitere 800 feste und mehr als 4000 saisonale Jobs auf den zuliefernden Farmen verloren gingen. Infolge des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Südafrika werden in den kommenden Jahren vor allem Frauen die Hauptlast der Anpassungskosten in der fruchtverarbeitenden

Industrie tragen (Head 1998). Und in **Ghana** wurde der Wachstumsrückgang im heimischen verarbeitenden Gewerbe seit Mitte der 1980er Jahre hauptsächlich auf die gestiegenen Produktionskosten und die zunehmende Konkurrenz durch ausländische Importe zurückgeführt. Besonders mittlere Unternehmen traf die staatliche Liberalisierungspolitik besonders hart, da sie in starkem Maße von importierten Rohstoffen abhängig sind und zudem nicht die notwendige Anpassungsflexibilität besaß. Besonders der einheimische Textilmarkt wurde von ausländischen Importen überschwemmt (SAPRIN 2001). Und in **Bangladesh** wurden Kleinbetriebe und die häusliche Produktion durch die Zunahme der Konsumgüter-Importe negativ beeinflusst, während der Anteil halbverarbeiteter Produkte an den Importen kontinuierlich sank. Die beobachtete Zunahme der Exporte beschränkte sich hauptsächlich auf den Bereich der größeren textilverarbeitenden Industriebetriebe (SAPRIN 2001).

1.3 Agrarhandel

Handelsliberalisierung hatte in vielen Fällen negative Folgen für den Agrarhandel (Madeley 1999). Besonders die externen Implikationen der internen Reform der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Entwicklungsländer müssen berücksichtigt werden. Dem Agenda 2000-Prozeß zufolge wird die Reform des Agrarsektors in Europa den Preis für landwirtschaftliche Produkte in der EU durch den Wechsel von einer Exportsubventionpolitik hin zu der weniger handelsverzerrenden direkten Unterstützung der Produzenten senken. Infolge fallender Preise für landwirtschaftliche Produkte wird der europäische Markt für agrarische Exportprodukte aus den AKP-Staaten und anderen Entwicklungsländern an Attraktivität verlieren. Zur gleichen Zeit wird der europäische Reformprozeß die Agrarprodukte und verarbeiteten Nahrungsmittel des gemeinsamen Marktes aber auf den liberalisierten Märkten des Südens konkurrenzfähiger machen.

So hat in **Gambia** die direkte und indirekte Subventionspraxis für europäische Geflügelproduzenten, die verarbeitende Industrie und die Exporteure dazu geführt, dass europäische Geflügelexporte den einheimischen Markt des westafrikanischen

Landes überschwemmen (Cessay und Jagne 2001). In ähnlicher Weise hatten hoch subventionierte Exporte europäischer Milchprodukte verheerende Auswirkungen auf die einheimische Milchwirtschaft und den Markt für Milchprodukte in **Jamaika** (EUROSTEP 1999). Die Auswirkungen des EU-Dumpings auch auf andere Sektoren (besonders in den Bereichen Rindfleisch, Geflügel und Reis) unterstreichen die Notwendigkeit zur Einführung von wirkungsvollen Ausgleichsmaßnahmen (FAO 2000). In **Namibia** hat das Export-Dumping europäischer Rindfleisch-Exporte auf den südafrikanischen Markt dazu geführt, dass sowohl kommunale Bauern als auch die einheimische Rindfleischindustrie substantiell geschädigt wurden (Wellmer 1998). Im **karibischen** Bananensektor hat die Liberalisierung des europäischen Marktes für Importe nicht zu Gewinnen für Produzenten aus der Region geführt. Zusätzlich zu beträchtlichen sozialen und ökologischen Schäden durch die Intensivierung der Produktion hat die oligopolistische Kontrolle der gesamten Produktionskette durch einige wenige TNK, in Kombination mit bestehenden Tariffquoten, dazu geführt, dass sich das Wohlstandsgefälle innerhalb der Region und zwischen der EU und den karibischen Staaten insgesamt deutlich verschärft hat (Preville 2002).

Die europäische Zuckermarktordnung, Teil der GAP, ist ein weiteres klares Beispiel für die verheerenden Folgen, die die Subventionspolitik in Industrienationen für Entwicklungsländer verursachen. Die Entwicklungsländer sind in vierfacher Weise durch den Schutz des europäischen Zuckermarktes betroffen (Raworth 2002): Bestehende hohe Zölle und Importquoten haben einige der ärmsten Länder der Welt davon abgehalten, Zugang zum europäischen Markt zu gewinnen und so mit zu sinkenden Einkommen, Arbeitslosigkeit und fallenden Deviseneinkünften beigetragen. Das Dumping der europäischen Zuckerproduktion verdrängt andere, konkurrenzunterlegene Exporteure von Drittmärkten. Selbst unter dem erleichterten Marktzugang für Rohrzucker, den einige der AKP-Staaten durch das Zuckerprotokoll besitzen, dürfen diese Länder nur Rohrzucker exportieren, der in der EU weiterverarbeitet wird und so den Auf- und Ausbau einer eigenen verarbeitenden und damit wertschöpfenden Industrie verhindert. Und schließlich drückt die EU durch die Subvention europäischer Exporte vom hohen

internen Marktpreises zum niedrigeren Weltmarktpreis für Zucker die Preise auf dem Weltmarkt zusätzlich, vielfach unter die Produktionskosten in zuckerexportierenden Ländern wie Malawi, Mosambik und Sambia. Wenn die derzeitigen Reformbestrebungen innerhalb der GAP ein Indiz für die Richtung zukünftiger Reformen der Zuckermarktordnung sind, dann wird auch dort die Exportsubvention durch direkte Zahlungen an die Produzenten in der EU ersetzt werden. Dies wird dazu führen, dass die gegenwärtigen Handelspräferenzen der AKP-Staaten und LDCs weiter an Wert verlieren werden, die derzeit von den Präferenzregeln und der EBA-Initiative der EU profitieren. Um das zutiefst ungerechte europäische Zuckerre-

gime zu reformieren, benötigen diese Staaten technische und institutionelle Unterstützung, um wirtschaftliche Alternativen für die gegenwärtige Abhängigkeit vom Zuckersektor zu entwickeln.

Einige der Fallstudien unterstrichen die Notwendigkeit, Entwicklungsländern den politischen Raum zu geben, Schutzklauseln und andere Maßnahmen zu implementieren, die ihnen in Zeiten steigender Importe aus der EU erlauben, einheimische Märkte wirksam gegen Dumping zu schützen. Diese Schutzklauseln fehlen in den meisten Fällen (z.B. im Falle der Importwellen von Rindfleisch, Geflügelfleisch, Milchprodukten und Reis in **Jamaika**, sowie Geflügelimporte nach **Gam-**

bia und **Simbabwe**). Die Untersuchungen kommen zu dem Schluß, dass vor einer weiteren Liberalisierung des Handels geeignete Schutzklauseln, die zudem einfach in der Umsetzung und Anwendung sind, etabliert werden sollten. Einige Wissenschaftler fordern, diese auf die Ergebnisse klarer und umfassender sozialer und ökologischer Verträglichkeitsprüfungen zu entwickeln, damit die weitere Öffnung der Märkte nicht zu dramatischen sozialen und ökologischen Folgekosten führt. Den Ergebnissen der Untersuchungen ist vielfach zu entnehmen, dass marktgestützte Instrumente allein nicht in der Lage sind, die ökologische und soziale Nachhaltigkeit zu garantieren.

2. Sozial- und Umweltfolgen von Handelsliberalisierung

2.1 Beschäftigung

In der Mehrzahl der untersuchten Fälle haben sich SAPs nicht direkt mit Beschäftigungsproblemen befasst. Noch beinhalten sie Strategien, die explizit die Produktivität derjenigen Sektoren zu stärken suchten, die wahrscheinlich die höchsten Beschäftigungseffekte erzielen würden. Maßnahmen zur Reform des Arbeitsmarktes, die zur Beendigung der öffentlichen Regulierung führen sollten, hatten zusätzlich negative Beschäftigungseffekte. Insgesamt hat sich infolge von SAPs die Beschäftigungssituation zugespitzt, ist das reale Lohnniveau gesunken, hat sich die Einkommensverteilung verschlechtert, und sind Steigerungen in der Produktivität und Konkurrenzfähigkeit vielfach nicht erreicht worden (SAPRIN 2001).

In Südafrikas Konservenindustrie zum Beispiel mußte alleine eine große Konservenfabrik in Paarl 120 ständige und weitere 300 saisonal beschäftigte Arbeiter entlassen, während weitere 800 feste und mehr als 4000 saisonale Jobs auf den zuliefernden Farmen verloren gingen (Head 1998). In **Sri Lanka** führten Reformen der Handelspolitik und der damit verbundene Anstieg von Nahrungsmittelimporten zu steigendem Druck auf die einheimische Landwirtschaft und beeinflusste die Beschäftigungssituation negativ. Einer Untersuchung der FAO zufolge

zufolge waren etwa 300.000 Arbeiter in der Produktion und der Vermarktung von Zwiebeln und Kartoffeln betroffen, als Einfuhrzollsenkungen zu einem schnellen Anwachsen der Importe dieser Produkte führten. Die Möglichkeiten zur Diversifizierung hin zu alternativen Agrarprodukten ist stark eingeschränkt (FAO 2000). In **Mexiko** erhalten etwa 60 Prozent der geschätzt 40 Millionen Beschäftigten keinerlei Sozial- oder Gesundheitsunterstützung, eine Steigerung um 2,5 Prozent seit dem Inkrafttreten der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (SAPRIN 2001). Und in **Zimbabwe** wuchs nach der Implementierung von Handelsliberalisierungspolitiken die Arbeitslosenrate dramatisch. Zuerst führte der Wegfall des Schutzes von Unternehmen, die für den einheimischen Markt produzierten (besonders im Textil- und Bekleidungssektor), dazu, dass viele kleinere Betriebe schliessen mußten und mehr als 20.000 Arbeiter entlassen wurden. Aber auch in Unternehmen, die hauptsächlich Märkte in Übersee beliefern, waren die Folgen von Rationalisierung und Privatisierung zu spüren. Als Folge der Entlassungswelle im formellen Sektor wuchs die Zahl der Beschäftigten im informellen Sektor, dem sog. ‚Hinterhof-Gewerbe‘, drastisch an. Frauen waren dabei besonders betroffen: Im ersten Jahr nach der Implementierung des ESAP fiel der Anteil der weiblichen Beschäftigten im formellen Sektor um 9,5 Prozent (Okore und Mugabe 2002). Im formellen Sektor

entstanden neue Jobs nur in einem geringen Umfang, z.B. in exportorientiert produzierenden Unternehmen im Bereich nicht-traditioneller Exportsektoren wie der Schnittblumen oder nahrungsmittelverarbeitenden Industrie. Diese positiven Beschäftigungseffekte waren jedoch beschränkt.

2.2 Geschlechtergerechtigkeit

Die Auswirkungen der Handelsliberalisierung auf Frauen sind gemischt. Während in einigen Sektoren die Beschäftigungsmöglichkeiten anstiegen, waren es die exportorientierten Jobs mit ihren im Verhältnis niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen, die unter dem Strich den Nutzen für Frauen relativierten (UNDP 2003). In anderen Sektoren dagegen waren der Trend gegenläufig und trug zur Verschlechterung der Position von Frauen bei. Die Mehrzahl, wenn nicht alle Fallstudien unterstrichen, dass Frauen vielfach zu den ersten Opfern zunehmender Arbeitslosigkeit im formellen Sektor gehören. Sinkende Einkommensniveaus zwangen Frauen, zusätzlich zur Arbeit im Haushalt Lohnarbeiten anzunehmen, um das Einkommen der Familie zu unterstützen. Diese Tätigkeiten umfassen den Handel mit gebrauchter Bekleidung oder Schmuggel. Zudem sind die Mehrzahl der

Kleinbauern in ländlichen Gebieten Frauen. Viele der Studien, die sich mit den Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit beschäftigen, unterstreichen, dass Frauen damit hauptsächlich zur Produktion von Nahrungsmitteln in ländlichen Gebieten beitragen. Angesichts einer hohen Arbeitsbelastung müssen sie ihre Produkte aber häufig im Dorf verkaufen, anstelle dafür auf dem lokalen Markt einen höheren Preis zu erzielen.

In der fruchtverarbeitenden Industrie **Südafrikas** zählen Frauen zu den ersten Opfern der Auswirkungen der protektionistischen europäischen Agrarpolitik, die zu steigender Arbeitslosigkeit führt. Wie auch in andere afrikanischen Staaten, haben Frauen zudem die Hauptverantwortung für den Haushalt und die Erziehung der Kinder (Head 1998). In **Simbabwe** stellen Frauen z.B. 83 Prozent der ständigen und über 90 Prozent der saisonalen Arbeitskräfte im Schnittblumensektor. Von der durch Handelspräferenzen, Verbesserung der Transportmöglichkeiten sowie dem guten Ausbildungsniveau bedingte exportbasierte Steigerung der Produktivität in diesem Sektor in den späten 1980er Jahren konnten Frauen in gewissem Umfang profitieren. Jedoch gehören Frauen auch hier zu den ersten Opfern, wenn gegenwärtig gewährte Handelspräferenzen im Zuge neuer EU-Handelsabkommen mit den AKP-Staaten wegfallen würden (Okore und Mugabe 2002). Infolge einer zunehmenden Liberalisierung des Reissektors in **Indonesien** mußten Frauen in traditionell ihnen überlassenen Aktivitäten (Pflanzen, Pflegen und Ernten der Felder) eine wachsende Konkurrenz durch Männer hinnehmen. Auch hier nahmen Frauen in steigendem Maße zusätzliche Tätigkeiten im informellen Sektor, z.B. als Verkäuferinnen oder als Wanderarbeiterinnen, an (Oxfam 2001).

2.3 Einkommen

Wenn die Vor- und Nachteile zunehmender Handelsliberalisierung anhand der gängigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung analysiert werden, so gibt es keine klaren Anhaltspunkte dafür, dass die Liberalisierung das Schicksal der Armen in Entwicklungsländern qualitativ oder quantitativ verbessern können. Eine Reihe von Forschern liefern im Gegenteil Hinweise dafür, dass diese Politiken einen Netto-Einkommensverlust für Menschen

Einkommensverlust für Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen bedeuten. Ein gutes Beispiel für die Zuspitzung von Einkommensungleichgewichten ist **Ecuador**: Dort stieg der GINI-Koeffizient, der ein Maß für die Abweichung der Verteilung der Haushaltseinkommen von einer perfekten Gleichverteilung (GINI=0) gibt, von 0,44 im Jahr 1970 auf 0,57 im Jahr 2000 (SAPRIN 2001). Mehrere Fallstudien zeigen, dass Strategien sog. „handelsbasierter Ernährungssicherheit“, die auf die Deckung der Nahrungssicherheit im Lande durch die zusätzliche Wertschöpfung aus dem Export hochwertiger cash crops zielen, sich nicht im beabsichtigten Umfang realisiert haben. Im Gegenteil gaben Farmer vielfach die Grundlage ihrer Selbstversorgung für einen unberechenbaren Zufluß importierter Lebensmittel auf. In **Äthiopien** konnten die Einkünfte aus dem Export von Kaffee die Ernährungssicherheit durch mangelnde Effizienz des regionalen Nahrungsmittelhandels nicht sicherstellen (Geda 1999). Und im Fischereisektor **Argentiniens** verloren traditionell für den lokalen Markt produzierende Fischereigemeinschaften ihre Vormachtstellung an Unternehmen aus anderen Landesteilen, die fast ausschließlich für den Export produzieren. Als Folge gingen in der artisanalen Fischerei Arbeitsplätze und Einkommensquellen verloren (Onestini, Gutman et al. 2001, UNEP 2002a).

In vielen Staaten Afrikas stellen Frauen die Mehrzahl der Arbeitskräfte auf kleineren Farmen. So stellen Frauen in **Kenia** zwar 80 Prozent der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, erhalten dafür aber nur 40 bis 50 Prozent des Einkommens (Madeley 1999). Obwohl in zunehmendem Maße Frauen in Kleinunternehmen wie der Vergabe von Mikrokrediten oder der lokalen Vermarktung bezahlte Beschäftigung finden, sind sie besonders in ländlichen Gebieten von der steigenden Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft betroffen. In **Simbabwe** haben für den lokalen Markt produzierende Kleinbauern besonders unter der Abschaffung staatlicher Subventionen für landwirtschaftliche Betriebsmittel und höhere Kosten für Kleinkredite, die die Produktionskosten erhöhten und damit den resultierenden Gewinn drastisch reduzierten, gelitten. Als Folge warne viel der Kleinbauern gezwungen, ihre Produkte unter Marktwert zu verkaufen und Einbrüche des Haushaltseinkommens hinzunehmen (SAPRIN 2001).

2.4 Umwelt

Allgemein gesprochen, beschleunigt die Liberalisierung des Handels die Zerstörung der Umwelt durch die nicht-nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Darunter fällt die Ausweitung der unter landwirtschaftliche Produktion für cash crops genommenen Fläche, Abholzung zur Schaffung neuer Plantagenflächen, Ausbeutung und Dezimierung von wirtschaftliche bedeutsamen Arten, Verschlechterung der Bodenqualität durch den übermäßigen Einsatz von Agrochemikalien, Bodenerosion durch intensive Bewirtschaftungsformen, und die Verschmutzung des Trinkwassers durch den Einsatz von Düngern und mangelnde sanitäre Anlagen, die zudem zur Verbreitung von Krankheiten beitragen.

Eine Untersuchung der Umwelt-Auswirkungen der Handelsliberalisierung im **tansanischen** Forstsektor kommt zu dem Schluß, dass die negativen Liberalisierungsfolgen im Land die nicht-nachhaltige Steigerung der Abholzungsraten, den verstärkten Schmuggel von Tropenholz, steigende Feuerholz und Holzkohlegewinnung, Wasserknappheit und das Sinken der Bodenfruchtbarkeit umfassen und zu einem Anstieg der Gesundheitsrisiken für Walarbeiter und ihre Familien geführt hat (Kahyarara, Nyamwihura et al. 2001, UNEP 2002d). In einer ähnlichen Studie über den Fischereisektor im **Senegal** führten Liberalisierungsmaßnahmen zu verheerenden Folgen für den Bestand einiger kommerziell interessanter Fischarten, besonders den in größeren Tiefen lebenden Küstenfischen (Dahou und Deme 2001, UNEP 2002c). Dies bedrohte nicht nur eine bedeutende Nahrungsgrundlage des Landes, sondern brachte eine Reihe dieser Arten an den Rand des Aussterbens. Eine ähnliche Entwicklung fand mit der Überfischung des Viktoria-Barsches in **Uganda** statt (Bahigwa, Bulega et al. 1999). Auch in **Argentinien** ist die Überfischung und Dezimierung einer Reihe von Fischarten auf die Subventionierung der Fischereiflotten industrialisierter Länder zurückzuführen. Dies unterstreicht die Verbindung zwischen handelsverzerrenden Maßnahmen einerseits und negativen Umweltfolgen andererseits. In **Argentinien** gehören das Abnehmen der marinen Biomasse, stei-

gende Produktionskosten, zunehmende Korruption und die Überfischung der für den Export bestimmten Arten zu den negativen Folgen für die Umwelt (Onestini, Gutman et al. 2001, UNEP 2002a).

Auch die erheblichen Produktivitätssteigerungen im **ecuadorianischen** Bananensektor haben sich in mehrfacher Weise nachteilig auf die Umwelt ausgewirkt: Die steigende Produktion schadete der Biodiversität, verstärkte die Kontamination des Trinkwassers, trug zur Verschlechterung der Boden- und Luftqualität bei, und führte zur Anreicherung toxischer Pestizidrückstände und Düngemittel in der Umwelt. Dies verschlechterte die Gesundheit der Plantagenarbeiter und ihrer Familien (Amparo Albán, Muñoz Vélez et al. 2001, UNEP 2002b).

Angesichts der negativen Liberalisierungsfolgen für die Umwelt argumentieren eine Reihe von Untersuchungen, dass in zukünftigen regionalen Freihandelsabkommen starke Umweltschutzbestimmungen enthalten sein müssen. Eine jüngst erschienene Studie des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über die Umwelt-Auswirkungen regionaler Freihandelsabkommen kommt zu dem Schluß, dass diese von einer *ex ante* Umweltverträglichkeitsprüfung abhängig gemacht werden sollten. Die Wissenschaftler argumentieren, dass die Ziele regionaler Freihandelsabkommen sehr viel stärker für den Schutz der Umwelt einschließlich der Möglichkeit positiver ökologischer Konditionalitäten ('ecological good governance'), die durch die Zahlung ökologischer Kompensationen und geeignete Kapazitätsförderung gefördert werden könnten, genutzt werden sollten (BMU 2001).

2.5 Ernährungssicherheit

Die Mehrheit der Studien kommt zu dem Schluß, dass die negativen Auswirkungen von Handelsliberalisierungen auf Kleinbauern und die ländliche Ernährungssicherheit die positiven Folgen deutliche überwiegen. Liberalisierungsmaßnahmen resultierten überwiegend in der Konsolidie-

rung und Schließung vieler der kleinen Farmbetriebe, und damit der Marginalisierung kleiner und mittlerer Produzenten. In einigen Fällen ersetzen große agro-industrielle Unternehmen traditionelle Kooperativen. Infolge der Abschaffung von Subventionen stiegen die Preise für Düngemittel, Saatgut und Agrochemikalien und trieben die Produktionskosten über ein für viele Kleinbauern zumutbares Niveau. Das Grundproblem liegt hier in der ungleichen und ungerechten Konkurrenz, sowohl auf dem einheimischen als auch auf dem Exportmarkt. Diese führte zu wachsender Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten und einer damit verbundenen Gefährdung für die Ernährungssicherheit. Diese Situation wird in vielen Ländern durch das völlige Fehlen sozialer Sicherungssysteme für Kleinbauern verstärkt.

Nach der Durchführung von Liberalisierungsmaßnahmen im Rahmen von SAPs stieg der Anteil der ländlichen Armut in **Kenia** um 47 Prozent, während der Anstieg in städtischen Gebieten nur 29 Prozent betrug (Madeley 1999). Die Liberalisierung im Agrarbereich resultierte nicht in einer Steigerung der Erlöse für landwirtschaftliche Produkte oder in der Verteilung von Lebensmitteln in benachteiligte Regionen. Einige der Untersuchungen unterstreichen daher die Notwendigkeit, verbindliche Regeln zu schaffen, die die Interessen (z.B. Zugang zu Mikrokrediten und Diversifizierungsanreize) der Kleinbauern verteidigen, und andere Foren der Unterstützung für die besonders von wirtschaftlicher Liberalisierung Betroffenen zu schaffen.

Es gibt genügend Hinweise darauf, dass eine klare Korrelation zwischen der Ernährungssicherheit einzelner Haushalte und dem Anteil der aus lokaler Produktion stammenden Lebensmittel besteht. Daher ist es höchst umstritten, ob ein Land sich von den stark schwankenden Devisenerlösen für den Export von cash crops abhängig machen sollte, um davon die nötigen Nahrungsmittelimporte zu finanzieren. Diese Form der sog. „handelsbasierten Ernährungssicherheit“ ist demzufolge auch höchst umstritten. Denn dann, wenn Einkommenszuwächse aus dem cash crop-Export aufgrund schwankender Welt-

marktpreise weder stabil noch vorhersagbar sind, ist die Gewährleistung der Nahrungsgrundlage für die Bevölkerung äußerst schwierig. Zwar können Produzenten z.T. mit höheren Einkünften rechnen (z.B. während des weltweiten Kaffee-Booms von 1993-1995), die Daten zeigen aber auch, dass die durchschnittlichen Einkommen von Kleinbauern aufgrund niedriger Produktionsniveaus, einem gleichzeitigen Anstieg der Produktionskosten oder andren Faktoren im Schnitt nicht stiegen.

In **Uganda** führte die Förderung sog. ‚nicht-traditioneller Agrarexporte‘ dazu, dass Mais, Bohnen, Sesam oder Sojabohnen allmählich ehemalige cash crop Produkte wie Kaffee ersetzen. Dies führte zu einer Abnahme der Produktion von für die Ernährung verfügbaren Grundnahrungsmitteln und untergrub so die häusliche Nahrungssicherheit. In einigen Fällen verschlechtern Zwischenhändler die Situation der Kleinbauern durch betrügerische Handelsmethoden zusätzlich (Vredeseilanden-Coopibo Uganda 1998).

Obwohl seit Abschluß der Uruguay-Runde der WTO zu wenig Zeit vergangen ist, um die langfristigen Auswirkungen des WTO Agrarabkommens auf die Ernährungssicherheit zu beurteilen, hat die FAO mehrere Studien durchgeführt, die auf den Erfahrungen mit anderen Liberalisierungsmaßnahmen, z.B. im Kontext der SAPs, beruhen (FAO 1997, 2000). Gemeinsam ist den Studien, dass der kompetitive Druck durch Liberalisierungstendenzen die Konsolidierung von Farmen gefördert hat. Während sich dadurch im Allgemeinen die Produktivität und Konkurrenzfähigkeit erhöhte, führten diese Konzentrationsprozesse auch zu Verdrängung und Marginalisierung von Farmarbeitern und Kleinbauern. So ist die durchschnittliche Farmgröße im Milchsektor **Brasiliens** gestiegen und traditionelle Kooperativen wurden durch agro-industrielle Betriebe ersetzt. Auch im Mais- und Sojasektor wurden Farmen zusammengelegt. Während dadurch die kultivierte Fläche zunahm und die Produktivität stieg, wurden viele Kleinbauern verdrängt.

3. Zusammenfassung und Politikempfehlungen

Die Handelsliberalisierung ist, so sind sich die meisten der Studien einig, in einer Reihe von Entwicklungsländern zu schnell und zu weit fortgeschritten. Die Liberalisierungsagenda ist schnell vorangetrieben worden, während komplementäre Reformen und Schutzklauseln vernachlässigt wurden. Die Liberalisierung des Handels hat zur Verschlechterung der terms-of-trade und einem Sinken der Realeinkommen beigetragen und damit die Lebensgrundlage breiter Bevölkerungsschichten gefährdet (UNDP 2003). Entgegen der herrschenden Meinung bildet Handel das Ergebnis und nicht die Voraussetzung einer wirkungsvollen Wachstumsstrategie. Tatsächlich hat die Liberalisierung des Handels für viele Entwicklungsländer nicht die versprochenen Vorteile verschafft. Stattdessen fehlt vielen der Länder die nötigen Grundvoraussetzungen, um von einem offenen Handel profitieren zu können. Besonders in den LDCs gibt es kaum Anzeichen für eine Korrelation zwischen Liberalisierung und Armutsreduzierung: Die Armut scheint unabhängig von dem Grad der wirtschaftlichen Offenheit anzusteigen. Handelsliberalisierung trägt also nicht automatisch zur Reduzierung der weltweiten Armut bei (UNCTAD 2002). Hinweise darauf, dass eine offene Handelspolitik eine Voraussetzung für nachhaltiges ökonomisches Wachstum und die Reduzierung der Armut ist, ganz abgesehen von positiven Entwicklungsimpulsen, sind alles andere als überzeugend (UNDP 2003).

Die Mehrzahl der negativen Folgen der verstärkten Liberalisierung für Kleinbauern entspringen den SAPs sowie regionalen Freihandelsabkommen, anstatt auf das WTO-Agrarabkommen zurückzugehen (Madeley 2001). Zu den von fast allen der 40 Länderstudien erwähnten Folgen der Handelsliberalisierung gehören sinkende ländliche Produktivität, ein Mangel im Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, Störungen des einheimischen Marktes, akzentuierte Geschlechterungleichgewichte sowie eine drastische Abnahme in der Nahrungsqualität und -

verfügbarkeit. Als ein Ergebnis dieser Politiken sind die ärmeren Bevölkerungsteile in ländlichen Gebieten zunehmend damit beschäftigt, ihr Überleben unter sich drastisch verschlechternden Lebensbedingungen zu sichern. Während in einigen Fällen Liberalisierungsmaßnahmen zu einer begrenzten Zunahme der Produktivität und Konkurrenzfähigkeit führten, trug das Fehlen von sozialen Sicherungsnetzen und die Verschlechterung essentieller öffentlicher Dienstleistungen weiter zur Marginalisierung kleinerer Produzenten und der ärmeren Bevölkerungskreise bei (Walther und Hentschel 2002).

Einheimische Produzenten sind, im Sinne einer schlecht entwickelten Infrastruktur, Mangel an Investitionen, einem angemessenen rechtlichen Rahmen und im Lichte hoher Anpassungskosten, vielfach nur unzureichend auf die zunehmende Konkurrenz durch steigende Importe aus Industrieländern vorbereitet. Handelsliberalisierung hat, in anderen Worten, dazu geführt, dass einheimische Produzenten nicht auf gleicher Augenhöhe mit ausländischen Unternehmen konkurrieren. Daraus folgt, dass die Frage der richtigen Reihenfolge politischer Reformen und die Tiefe und zeitliche Abfolge weiterer Liberalisierungsschritte Bedeutung gewinnt. China und Indien, zwei der Länder, die vielfach erwähnt werden, wenn die Vorteile einer wirtschaftlichen Offenheit demonstriert werden sollen, haben in Wirklichkeit ihre wichtigsten Reformen in der Handelspolitik erst nach einer Phase anhaltenden Wirtschaftswachstums durchgeführt, in der die wirtschaftlichen Restriktionen relativ hoch waren.

Frauen, auch das zeigen viele der Fallbeispiele, gehören zu den Ersten, die die negativen Folgen der Liberalisierung spüren. Obwohl einige zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden, sind diese typischerweise auf die exportorientierte Industrie beschränkt und durch ein geringes Lohnniveau und schlechte Arbeitsbedingungen gekennzeichnet. Auf der anderen Seite haben besonders Frau-

en unter steigender Arbeitslosigkeit im formellen Sektor gelitten, die sie vielfach in den informellen Beschäftigungssektor drängte. Obwohl Frauen ohnehin schon einer starken Arbeitsbelastung ausgesetzt sind, sind sie in manchen Fällen gezwungen, zusätzliche zu den Pflichten im Haushalt Lohnarbeit anzunehmen.

Die meisten der analysierten Studien konzentrierten sich auf die Auswirkungen auf die ärmeren Bevölkerungsteile in Entwicklungsländern, anstatt Urbanisationseffekte und makroökonomische Folgen zu untersuchen. Grundsätzlich scheint es in verschiedenen Ländern wiederkehrende Gründe dafür zu geben, dass besonders die Armen nicht von einer Liberalisierung des Handels profitieren (Madeley 2000, SAPRIN 2001). Die wichtigsten Gründe, die die Sektor- und Fallstudien benennen, sind die folgenden:

- **Zunahme der Importvolumina, die die Exportmengen in den meisten Ländern weit übersteigen** – In vielen Fällen führte Konkurrenz durch billigere Importe (besonders aus den USA und der EU) dazu, dass Kleinbauern ihre Lebensgrundlage verloren. Als direkte Folge stieg die Gefährdung für die ländliche Ernährungssicherheit an.
- **Vorrang für die Produktion von für den Export bestimmten cash crops zu Lasten der einheimischen Nahrungsmittel** – Handelsliberalisierung und export-basierte Wachstumsstrategien führten zu einem steigenden Land- und Ressourcenverbrauch, oft über ein nachhaltiges Niveau hinaus.
- **Dumping subventionierter Agrarprodukte in Entwicklungsländern** – In mehreren gut dokumentierten Fällen bedrohte und zerstörte das Dumping subventionierter Nahrungsmittelexporte aus den USA und Europa Märkte für einheimische Nahrungsmittel.
- **Zunehmende Bedeutung transnationaler Konzerne** – SAPs und Han-

delsliberalisierungsmaßnahmen scheinen eine eingebaute Bevorzugung der Interessen größerer Produzenten und TNK zu Ungunsten kleinerer Farmer zu besitzen. Besonders in der exportorientierten Landwirtschaft gehören die TNKs zu den konkurrenzüberlegenen Gewinnern. In vielen Ländern wurden Konsolidierungstendenzen beobachtet, die dazu führten, dass kleinere Betriebe durch größere agro-industrielle Unternehmen ersetzt wurden.

- **Steigende Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut** – Liberalisierungsmaßnahmen bedeuten häufig sinkende Realeinkommen für niedrige und mittlere Einkommensgruppen in Entwicklungsländern. Dies ist v.a. auf sinkende Gewinne aus der landwirtschaftlichen Produktion sowie auf steigende Produktionskosten zurückzuführen. Als Konsequenz sanken die Löhne, die Einkommensverteilung verschlechterte sich und Arbeitsverhältnisse wurden prekärer. Die Armut stieg besonders in der ländlichen Bevölkerung stark an.
- **Zunahme der Landlosigkeit** – Kleinbauern tragen die Hauptlast der durch Liberalisierungen verursachten Anpassungskosten. Während Konzentrationsprozesse dazu führten, dass die Produktivität größerer Farmen weiter anstieg, verloren in Folge viele der kleineren Farmer ihr Land oder mußten unter Preis verkaufen. Da kaum soziale Absicherungen existieren, wurden v.a. die Kleinproduzenten marginalisiert.
- **Zunehmende Migration von ländlichen in städtische Gebiete** – Sinkende Einkommen und der Verlust des Landes aufgrund von Konzentrierungsprozessen führte dazu, dass Kleinbauern in zunehmendem Maße in städtische Gebiete abwanderten und dort eine Beschäftigung im informellen Sektor annahmen.
- **Negative soziale Folgen besonders für Frauen** – In der Mehrzahl der Fälle gehörten Frauen zu den ersten Opfern sinkender Einkommen und steigender Arbeitslosigkeit im formellen Sektor. In Konsequenz sind Frauen, die in ländlichen Gebieten den Hauptteil der arbeitenden Bevölkerung stellen, oftmals gezwungen, zusätzlich zur häuslichen Arbeit eine informelle Tätigkeit anzunehmen.

- **Profite durch Zwischenhändler und Mittelsmänner abgeschöpft** – Zwischenhändler haben in einigen Fällen die wirtschaftliche Situation der Produzenten verschärft, da sie ihre Kontrolle über die Vermarktungskette sowie Betrug und fehlende Kontrollmechanismen dazu nutzen, Produzenten zum Verkauf ihrer Produkte unter dem eigentlichen Marktpreis zu zwingen.
- **Umweltzerstörung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen** – Handelsliberalisierung trägt durch die Übernutzung natürlicher Ressourcen (Boden, Wasser, Wälder, Luft) zur Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen bei. Besonders export-basierte Wachstumsstrategien führen in vielen Fällen zur Übernutzung und dem Verlust natürlicher Ressourcen.
- **Schrumpfende öffentliche Dienstleistungen** – SAPs und Liberalisierungsmaßnahmen gingen vielfach Hand in Hand mit der Reduzierung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen, z.B. der Gesundheitsfürsorge, der Ausbildung, der Forschung und der Unterstützung für Farmer. Migration in städtische Gebiete verstärkte in einigen Fällen zudem den Druck auf die sozialen Netze und öffentlichen Dienstleistungen zusätzlich.
- **Bedrohung der Ernährungssicherheit** – Infolge der Liberalisierungsauswirkungen konnten Familien mit geringem Einkommen weniger Geld für Nahrungsmittel ausgeben. Zudem sank die Qualität und Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln besonders in einigen ländlichen Gebieten. Die Strategie der "handelsgestützten Ernährungssicherung" verstärkte diese Effekte in vielen Ländern durch den Wechsel von Selbstversorgung zu einer verstärkten Abhängigkeit von Deviseneinnahmen zur Beschaffung importierter Nahrungsmittel.

Wenn die Vorteile einer fortgesetzten Liberalisierungspolitik gegen die entstehenden Nachteile abgewogen werden, dann ist mehr als zweifelhaft, ob Entwicklungsländer einen realen Vorteil ziehen können. In jedem Fall ist eine detaillierte ökonomische, ökologische und soziale Analyse nötig, um festzustellen, unter welchen Rahmenbedingungen ein Land von einer weiteren Liberalisierung seines Handels mit der EU oder einem anderen

bedeutenden Wirtschaftspartner auf bilateraler, regionaler oder multilateraler Ebene profitieren wird. Um die zu erwartenden Auswirkungen weiterer Liberalisierungsschritte, z.B. im Rahmen regionaler oder multilateraler Wirtschaftsverhandlungen, zu bewerten, sollte jedes Handelsabkommen von einer *ex ante* Nachhaltigkeitsverträglichkeitsstudie (SIA) abhängig gemacht werden. Die SIAs müssen partizipativ sein, d.h. alle betroffenen Bevölkerungsgruppen einschließen, und ihre Ergebnisse müssen in den weiteren politischen Prozess Eingang finden. Es ist zu begrüßen, dass die EU solche SIA für alle wichtigen politischen Entscheidungsfelder vorsieht, obwohl die Bewertung im Detail kontrovers ist. Eine jüngste Untersuchung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt, dass zukünftige regionale Freihandelsabkommen auf einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung aufbauen sollten (BMU 2001). Umweltschutz und das Erreichen von positiven Entwicklungsergebnissen muß stärker in das Zentrum zukünftiger Handelsabkommen rücken.

Die Hauptherausforderung für zukünftige Handelsbeziehungen zwischen der EU und Entwicklungsländern, sowohl im Rahmen des Cotonou-Abkommens mit den AKP-Staaten, in jedem anderen der regionalen Verhandlungsprozesse und im multilateralen Rahmen ist es, die Suche nach ökonomischer Stabilität und dem Schutz der Interessen des wirtschaftlich schwächeren Partners, nachhaltigen Ressourcenschutz und ländliche Ernährungssicherheit zu vereinen, oder - mit anderen Worten - eine wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, die ökonomisch fair, ökologisch nachhaltig und sozial gerecht gestaltet ist (Weaver, Jacobs et al. 2002).

Ein proaktives politisches Programm, das einige der in dieser Analyse zusammengefassten negativen Auswirkungen existierender Liberalisierungspolitiken für die Entwicklungsländer korrigieren kann, sollte wenigstens die folgenden Elemente enthalten:

1. **Radikale Abkehr von den makroökonomischen politischen Konditionalitäten, die mit der finanziellen Unterstützung durch die internati-**

onalen Finanzinstitutionen (IWF und Weltbank) oder anderer Geber verbunden sind – Auf diese Weise werden Entwicklungsländer in die Lage versetzt, ökonomische Politiken ihrer eigenen Wahl und entsprechend ihrer eigenen Prioritätensetzung zu implementieren. Dies bedeutet letztlich, das internationale Handelsregime auf das Prinzip der differenzierten Behandlung von Ländern mit Rücksicht auf den Stand ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu stützen. Schließlich wird die Möglichkeit für Entwicklungsländer, Politiken und Institutionen zu wählen, die ihrem eigenen Entwicklungsstand stärker entsprechen, langfristig dazu führen, das Spielfeld für alle Parteien zu ebenen und Handels- und Investitionschancen auch für die entwickelten Länder zu schaffen.

2. **Berücksichtigung von handelspolitischen Zielsetzungen in der nationalen Entwicklungsstrategie** – Basierend auf den hier zusammengefassten Ergebnissen sollten weitere Liberalisierungsschritte idealerweise nur als eine von mehreren Komponenten innerhalb einer umfassenden und selbstgewählten nationalen Entwicklungsstrategie unternommen werden, die der Durchsetzung einer menschlichen und nachhaltigen Entwicklung und nicht dem reinen Selbstzweck dient.
3. **Durchsetzung von Politikkohärenz zwischen der Handels- und der Entwicklungspolitik der industrialisierten Länder** – Die Verwendung von doppelten Standards in der Handelspolitik einiger der reichsten Länder der Welt, die Entwicklungsländer

zur Umsetzung weitreichender Liberalisierungsschritte zwingen, während die Industrienationen ihre Landwirtschaft massiv schützen, ist moralisch und politisch absolut unakzeptabel. Die reichen Staaten müssen daher dringend, sowohl in multilateralen als regionalen Verhandlungsrunden, den entwicklungspolitischen Sonntagsreden handelspolitische Fakten folgen lassen und unverzüglich jede Form der Exportsubventionierung landwirtschaftlicher Produkte abschaffen.

4. **Implementierung geeigneter Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung besonders empfindlicher Industrien in Entwicklungsländern durch die Reform und Revision existierender multilateraler und bilateraler Handelspolitiken** – Diese Maßnahmen zielen darauf ab, der einheimischen Industrie denjenigen Schutz vor ausländischer Konkurrenz zu verschaffen, den diese über Jahre ihrer eigenen wirtschaftliche Entwicklung genossen hat. Lokale und regionale Unternehmen haben eine bedeutende soziale Funktion, da sie eine Vielzahl von Arbeitskräften, darunter viele Frauen, beschäftigen, zur lokalen Ernährungssicherheit beitragen und der regionalen Integration des Handels dienen.
5. **Priorität auf die effektive Beseitigung von Angebotsengpässen in Entwicklungsländern** – Die den fehlenden Angebotskapazitäten zugrunde liegenden Probleme wie der Mangel an menschlichen Ressourcen, fehlende Infrastruktur und schwache öffentliche Verwaltungen werden durch die derzeitigen Handelsliberalisierung nicht berücksichtigt. Vor der

Implementierung einer weiteren handelspolitischen Öffnung müssen umfangreiche Maßnahmen und die dafür nötigen Ressourcen zur Überwindung der strukturellen Defizite in Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden. Um die institutionelle Defizite zu überwinden, müssen sowohl der Ausbau handelspolitischer Verhandlungskapazitäten in Entwicklungsländern als auch die Stärkung ihre Kapazitäten zur Entwicklung effektiver Schutzpolitiken gefördert werden.

6. **Gezielte Unterstützungsprogramme, um die Position der Frauen in der Landwirtschaft und in Kleinbetrieben zu stärken und existierende Geschlechterungerechtigkeiten in Entwicklungsländern zu beseitigen** – Dazu ist die obligatorische Durchführung von Studien über die Auswirkungen von neuen Handels- und Investitionsabkommen auf Frauen nötig, um gender-sensitive Politiken zu entwickeln, die die wirtschaftliche Position der Frauen und ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt stärken.
7. **Durchführung obligatorischer Nachhaltigkeitsverträglichkeitsprüfungen vor dem Beginn der Verhandlungen über neue wirtschaftliche Liberalisierungsabkommen** – Daher ist die Initiative der EU zur Durchführung sog. SIAs für alle wichtigen Politikbereich zu begrüßen. Diese müssen allerdings partizipativ sein und die Ergebnisse müssen vollständig in dem weiteren politischen Prozeß berücksichtigt werden.

Literaturverzeichnis

- Amparo Albán, M., G. Muñoz Vélez, et al. (2001). Environmental Impacts of Trade Liberalisation in the Ecuadorian Banana Sector, Ecuadorian Centre for Environmental Law (CEDA) for UNEP: 164.
- Bahiigwa, G., Bulega, N. et al. (1999). Environmental Impacts of Trade Liberalisation and Policies for the Sustainable Management of Natural Resources - A Case Study on Uganda's Fisheries Sector, Economic Policy Research Centre Kampala, Uganda & UNEP: 186.
- BMU (2001). Environment and Regional Trade Agreements. Dokumentation einer internationalen Tagung, Berlin, Bundesumweltministerium / Umweltbundesamt, Berlin.
- Camassei, M. D. (2000a). The EU-South Africa Trade, Development and Co-operation Agreement: An Analysis of its implication in Southern Africa, Eurostep.
- Camassei, M. D. (2000b). The EU-South Africa Trade, Development and Co-operation Agreement: Analysis of the negotiating process, the agreement and the economic impact, Eurostep.
- Chang, H.-J. (2002) Kicking Away the Ladder - Development Strategy in Historical Perspective. Anthem Press, London.
- Dahou, K. and M. Deme (2001). Socio-Economic and Environmental Impacts of Trade Policies for the Management of Natural Resources: A Case Study on Senegalese Fisheries Sector, Environnement et Développement du Tiers Monde (ENDA TM) for UNEP: 105.
- Eurostep (1999). Dumping in Jamaica: Dairy Farming Undermined by Subsidised EU Exports. Brussels, Eurostep and Novib.
- FAO (1997). Implications of Regional Trade Arrangements for Agricultural Trade. Rome.
- FAO (2000). Agriculture, Trade and Food Security Issues and Options in the WTO Negotiations from the Perspective of Developing Countries. Rome, FAO - Commodities and Trade Division.
- Head, J. (1998). 'Ek het niks' The Impact of European Union Policies on Women Canning Workers in South Africa. London, IBIS, One World Action, terre des hommes.
- Jachia, L. and E. Teljeur (1999). Free Trade between South Africa and the European Union - A Quantitative Analysis, UNCTAD: 55.
- Kahyarara, G., G. Nyamwihura, et al. (2001). Environmental Impacts of Trade Liberalisation in the Tanzania Forestry Sector, CEDR for UNEP: 68.
- Madeley, J., Ed. (1999). Trade and the Hungry - How International Trade is Causing Hunger. Brussels, APRODEV.
- Madeley, J. (2000) Trade and Hunger - An Overview of Case Studies on the Impact of Trade Liberalisation on Food Security. Stockholm, Forum Syd: 77.
- Madeley, J. (2001) The Impact of Trade Liberalisation on Food Security in the South. A CIDSE background paper, Brussels.
- Malhotra, K. (2003) Grundlinien einer Reform der Welthandelsordnung. Weed Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Sonderdienst Nr. 1-2, März 2003.
- Medina-Smith, E.J. (2001) Is the Export-Led Growth Hypothesis Valid for Developing Countries? A Case Study of Costa Rica. UNCTAD, Policy Issues in International Trade and Commodities Study Series No.7, New York and Geneva.
- Okore, M. and N. Mugabe (2002). Women in Zimbabwe: Issues in Future Trade Negotiations with the EU. Brussels, APRODEV: 65.
- Onestini, M., G. Gutman, et al. (2001). Environmental Impacts of Trade Liberalisation in the Argentine Fisheries Sector, Centro de Estudios Ambientales (CEDEA) for UNEP: 129.
- Oxfam, G. (2001). The Impact of Rice Trade Liberalisation on Food Security in Indonesia, Oxfam GB: 13.
- Raworth, K. (2002). The Great EU Sugar Scam - How Europe's sugar regime is devastating livelihoods in the developing world, Oxfam.
- Rodrik, D. (2001) The Global Governance of Trade - As if Development Really Mattered. UNDP Project on Trade and Sustainable Development, background paper, New York.
- SAPRIN (2001). The Policy Roots of Economic Crises and Poverty. Washington, November 2001.
- UNCTAD (2002) The Least Developed Countries Report - Escaping the poverty Trap. UNCTAD, New York and Geneva.
- UNDP (2003). Making Global Trade Work for People, New York, Januar 2003.
- UNEP (2002a) Integrated Assessment of Trade Liberalisation and Trade-Related Policies - A Country Study on the Fisheries Sector in Argentina. New York and Geneva.
- UNEP (2002b) Integrated Assessment of Trade Liberalisation and Trade-Related Policies - A Country Study on the Banana Sector in Ecuador. New York and Geneva.
- UNEP (2002c) Integrated Assessment of Trade Liberalisation and Trade-Related Policies - A Country Study on the Fisheries Sector in Senegal. New York and Geneva.
- UNEP (2002d) Integrated Assessment of Trade Liberalisation and Trade-Related Policies - A Country Study on the Forestry Sector in Tanzania. New York and Geneva.
- Vredeseilanden-Coopibo Uganda, S.-U. a. O. U. (1998). Effects of Agricultural Price and Market Liberalisation and other Factors on Food Security in Selected Districts of Uganda - Participatory Research Carried Out in Arua, Iganga, Kitgum and Pallisa Districts. Kampala, Uganda.
- Walther, M. and C. Hentschel (2002). Armutsstrategiepapiere (PRSP) - Neuanfang in der Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank?, Weed.
- Weaver, J., D. Jacobs, et al., Eds. (2002). After Neoliberalism - Economic Policies that Work for the Poor. Washington, New Rules for Global Finance Coalition.
- Weed, terre des hommes and Friedrich-Ebert-Stiftung (2002). The Cotonou Agreement - New Perspective for European Trade Policy? Documentation of an International Conference, Berlin & Bonn, June 2002.
- Weisbrot, M. and Baker, D (2002) The Relative Impact of Trade Liberalisation on Developing Countries. Center for Economic and Policy Research, briefing paper No., Washington.
- Wellmer, G. (1998). The Effects of European Beef Exports to South Africa on Communal Farmers in Namibia. Stuttgart, Brot für die Welt.

Service

Empfohlene Lektüre:

- ◆ United Nations Development Programme
Making Global Trade Work for People
Earthscan Publications Ltd., London, 2003
Die Publikation findet sich unter folgender Adresse:
www.undp.org/mainundp/propoor/docs/trade-jan2003.pdf

UNDP präsentiert eine umfassende Bewertung des multilateralen Handelsregimes und untersucht, wie der internationale Handel am besten zur menschlichen Entwicklung beitragen kann.

- ◆ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Environment and Regional Trade Agreements
Berlin, 2002
Die Publikation findet sich unter folgender Adresse:
www.bmu.de/english/download/sustainability/files/documentation_021028.pdf

Dokumentation eines internationalen Workshop über Konzepte und Erfahrungen für die verbesserte Integration von Umweltpolitiken in regionale Handelsabkommen.

- ◆ Structural Adjustment Participatory Review International Network (SAPRIN)
The Policy Roots of Economic Crises and Poverty
Washington, 2002
Die Publikation findet sich unter folgender Adresse:
www.saprin.org/SAPRI_Findings.pdf

Ein 'Multi-Country Participatory Assessment' der Strukturanpassung, das auf den Ergebnissen der gemeinsam von Weltbank, der Zivilgesellschaft und von Regierungen getragenen SAPRIN Initiative beruht.

- ◆ **Kicking Away the Ladder – Development Strategy in Historical Perspective**
Ha-Joon Chang
Anthem Press, London 2002

In seiner provokanten Kritik traditioneller wirtschaftlicher Lehrbuchmeinung argumentiert der in Cambridge lehrende Wissenschaftler Chang, dass die Industrieländer den Entwicklungsländern derzeit die Leiter wegstoßen, die ihnen selbst den Aufstieg an die wirtschaftliche Spitze ermöglicht hat.

- ◆ Oxfam International
Rigged Rules and Double Standards:
Trade, Globalisation and the Fight against Poverty
London 2002
Die Publikation findet sich unter folgender Adresse:
www.maketradefair.com

Bietet einen Überblick über die den Welthandel beherrschenden Regeln und gibt kontrovers diskutierte Empfehlungen, wie Handel im Interesse der Armen wirksam werden kann.

Informationen im Internet:

- ◆ **AKP-EU Trade Website**
www.acp-eu-trade.org/
- ◆ **DG Development - EU Development Policy**
europa.eu.int/comm/development/politique_en.htm
- ◆ **DG Trade Regional & Bilateral Trade Relations**
europa.eu.int/comm/trade/bilateral/index_en.htm
- ◆ **WPA-Watch über die AKP-EU Verhandlungen**
www.epawatch.net
- ◆ **EUROSTEP Cotonou Monitoring Program**
www.eurostep.org/strategy/cotonou/index.html
- ◆ **Focus on the Global South**
www.focusweb.org
- ◆ **International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD)**
www.ictsd.org/
- ◆ **Oxfam Make Trade Fair Campaign**
www.maketradefair.com
- ◆ **Sustainable Impact Assessment – European Commission DG Trade**
europa.eu.int/comm/trade/sia/index_en.htm
- ◆ **Third World Network**
www.twinside.org.sg
- ◆ **Trade Justice Movement**
www.tradejusticemovement.org.uk
- ◆ **UNCTAD Trade Analysis Branch**
www.unctad.org/ditc/tab/
- ◆ **UNEP Economics and Trade Programme**
www.unep.ch/etu/etp/index.htm
- ◆ **Weltbank Trade Research**
www.worldbank.org/research/trade/
- ◆ **WWF Balanced Trade Project**
www.balancedtrade.panda.org

ISBN: 3-9808227-6-1